

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Postenfreilins Haus monatlich 80 M., Einzelverkaufspreis 4,00 M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 12,00 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 M., Reklamen 45,00 M., Beilagengebühr 1000 Stk. 225 M. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



Lübecker Volksbote

Nummer 223.

Samstag, 23. September 1922.

29. Jahrgang.

Für Volk und Republik.

Der Ausklang des Parteitages.

SPD. Augsburg, 22. September.

Am Freitag abend 5 Uhr wurde einer der bedeutendsten Parteitage der deutschen Sozialdemokratie geschlossen. Vorsitzender Wels dankte unter Zustimmung des gesamten Parteitages den Augsburger Parteigenossen und dem Komitee, daß sie ihre ganze Kraft in den Dienst des Parteitages gestellt haben, und dankt auch den Sängern und Sängerinnen für ihre Veranstaltungen. Wels fährt dann fort:

„Der Ernst und die Sachlichkeit der Debatten haben gezeigt, daß sich die Partei der Größe der Verantwortung bewußt ist, die ihr auferlegt ist. Wir müssen uns an die Worte Eduard Bernsteins halten, daß wir mit Begeisterung überall unsere Arbeit vollbringen müssen. Der Höhepunkt des Parteitages drückte sich in der einmütigen Forderung aus, „Schutz der Republik!“ Die Republik ist das, was uns von den Erregenschaften der Revolution das Höchste ist. Auf dem Boden der Republik ist es uns durch agitatorische und organisatorische Tätigkeit möglich, den Staat nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zu beherrschen. Ein kluger Mann hat einmal gesagt: Es ist ein Verbrechen, wenn man aufhört, über etwas zu reden. Auch die Parteigenossen waren der Überzeugung, daß die Notwendigkeit zur Einigung so stark ist, daß die Leute, die gegen die Republik und ihre Entwicklung anrennen, so zahlreich sind, daß darüber nicht mehr geredet werden dürfte, daß jede Möglichkeit zur politischen Weiterentwicklung ausgezehrt werden müsse. Auch die geeinte Partei hat ungeahnte Aufgaben zu erfüllen. Der Krieg hat den Kapitalismus nicht getötet, der Krieg hat eine neue imperialistische Ära eingeleitet. Wir werden aber unsere Taktik genau nach unseren nationalen und internationalen Kräften abpassen. Wir wollen nach Nürnberg mitbringen die strenge Sachlichkeit und den freundlichen Geist, die uns begleitet haben und die wir weiterpflegen wollen. Was vor uns steht, ist ein Winter der Not, ein Winter ohne Kohlen, ohne Kleider, ohne Schuhe, ohne Fleisch und mit übertriebener Brot. Er wird die schwerste Belastungsprobe für unser Volk, für den Staat, für unsere Partei bringen. (Zustimmung.) Wir werden fest sein müssen, um das alles zu überleben. Wir werden den Bekleidenden unverzüglich die Volkssolidarität entgegenstellen müssen; denn es wäre unerträglich, wenn der eine isst, der andere hungert, und der Schlemmer noch obendrein sich als guter Deutscher zu brüsten in der Lage wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden hinausgehen und alle Arbeiter sammeln zum gemeinsamen Kampf gegen ihre Unterdrücker, unter dem roten Banner der Menschlichkeit, das bald wieder wehen möge über der geschlossenen Partei aller derer, die sich zur Demokratie und zum Sozialismus bekennen. Dem Sozialismus gehört die Zukunft, dem Sozialismus gehört

die Welt. Stimmen Sie in diesem Sinne mit mir ein in den Ruf: Es lebe die geeinigte, die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Die Delegierten stimmen in das Hoch auf die Sozialdemokratie mit der größten Begeisterung ein und singen das Lied: „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!“

Der neue Parteivorstand.

Die Wahlen zum Parteivorstand und der Kontrollkommission zeigten folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt: Zu Vorsitzenden Hermann Müller mit 322 Stimmen, Otto Wels mit 312 Stimmen, zu Kassierern Friedrich Bartels mit 322, Otto Heinrich mit 321 Stimmen, zu Sekretären Dr. Adolf Braun mit 259, Frau Juchacz mit 318, Franz Krüger mit 309, Hermann Molkenbühr mit 324 und Wilhelm Pfannkuch mit 324 Stimmen, zu Beisitzern Richard Fischer mit 321, Otto Frank mit 318, Karl Hildenbrand mit 316, Adolf Ritter mit 313, Elfriede Rynek mit 318, Heinrich Schulz mit 316 Stimmen. Für die Wahlen zur Kontrollkommission wurden 319 Stimmen abgegeben, wovon 21 ungültig waren. Es wurden gewählt: Bremen-Hannover mit 233, Loeb- Breslau mit 221, Brünn-Frankfurt a. M. mit 216, Hengsbach-Köln mit 209, Anna Lichtenberg mit 158, Schönfelder-Hamburg mit 163, Fischer-Stuttgart mit 134, Tren mit 123 Stimmen.

Gegen den Wohnungswucher.

Der Parteitag nahm folgende Resolution Sollmann-Köln an: Der Wohnungsbau ist infolge der unerhörten Baustoffteuerung, die weit über die innere Geldentwertung hinausgeht, beinahe ganz zusammengebrochen. Der Parteitag erucht die Reichstagsfraktion, sofort nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages von der Reichsregierung die schleunige Vorlage eines Programmes für die Finanzierung des Wohnungsbau in der kommenden Baukampagne und Maßnahmen gegen den Baustoffwucher zu verlangen, wie sie in Anträgen der sozialistischen Fraktionen und der freigeschäftlichen Spitzenorganisationen längst gefordert worden sind.

Jedem Versuch, auch die Wohnungspreise in den verheerenden Strudel der sogenannten freien Wirtschaft zu ziehen, ist mit aller Entschiedenheit zu wehren. Notwendig ist die schleunige Verabschiedung des Mieterzuschusses in einer Form, die gegen eine Ausnutzung der ungeheuren Wohnungsnot durch die Vermieter volle Gewähr bietet. Notwendig ist ferner ein umfassendes Bodeneinfuhrgesetz mit einer sozialen Ausgestaltung des Enteignungsrechtes und die rücksichtslose Inanspruchnahme aller für Wohnzwecke geeigneten und nicht genügend benutzten Räume für Wohnungslose.

Augsburg — Nürnberg.

Augsburg, 22. September.

Der Parteitag ist geschlossen. Morgen geht die Fahrt der gewählten 150 nach Nürnberg, wo am Sonntag vormittag die Einigung vollzogen werden soll.

Es kennzeichnet die Eigentümlichkeit der Situation, daß wir Sozialdemokraten für unsere Partei, wie sie von 1916 bis 1922 bestand, keinen eigenen Namen brauchen. Für uns blieb sie auch nach der Spaltung die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die sie worden gewesen war. Es sind jetzt neun Jahre her seit dem letzten Parteitag der noch ungespaltenen Partei in Jena. Würde man nach Jahrhunderten von den Dokumenten unserer Zeit nichts anderes mehr finden als die Protokolle von Jena und von Augsburg, so würde man aus ihnen allein ohne weiteres den Schluß ziehen, daß zwischen diesen beiden Jahren eine Epoche der ungeheuerlichen Umwälzungen gelegen haben muß.

Vordem war die alles beherrschende Frage die, wie die Fesseln des politischen Klassenstaates gebrochen, wie zwischen den herrschenden Mächten, die sich hinter alten Privilegien verhielten, und der Arbeiterkraft, ein freies Kampffeld gewonnen werden konnte. Soweit auch die Meinungen hierüber auseinandergingen, so war man doch einig darüber, daß die Gewinnung eines Massenanhanges die erste Voraussetzung für alle weitere Arbeit sei. Ueber diese erste Voraussetzung kam man nicht hinaus. Agitation blieb das A und O der Bewegung. Da war keiner auf dem Parteitag, der nicht in erster Linie ein Propagandist seiner Überzeugung war, da war auch keiner, der sich mit einer direkten Verantwortung für die Geschicke von Staat und Volk befaßt fühlen konnte.

Der Parteitag von Augsburg zeigt das entgegengesetzte Bild. Minister des Reiches und der Staaten, Beamte der Verwaltung, Volksvertreter, die einer einflussreichen Regierungspartei angehören, haben auf ihm das Wort geführt. Da war nun keiner, der sich nicht dessen bewußt war, daß er an einer großen Verantwortung mitzutragen hatte.

Es bleibt charakteristisch, daß auf dem letzten Parteitag, der — lagen wir auch einmal — „Mehrheitssozialisten“ ein der Partei angehörender Reichsjustizminister den großen Strafrechtsreform-Entwurf ankündigen konnte, der unter seiner maßgebenden Leitung zur Reife gebracht worden ist. Wer will die ungeheure Bedeutung des Strafrechts und der Justiz überhaupt verkennen? Sicher keiner von denen, die über die Art ihrer Handhabung mit Recht heftige Klagen führen. Jetzt wollen wir nicht nur klagen, sondern auf allen uns erreichbaren Gebieten bessern.

Jetzt sind wir daran, das Wort von Marx wahr zu machen, daß es nicht darauf ankommt, die Welt zu interpretieren, sondern darauf, sie zu ändern. Und da zeigt sich freilich, daß das Reden schwerer ist und größere Verantwortung mit sich bringt als bloßes Interpretieren und Raisonieren.

Darum der Geist der Sachlichkeit, der den Parteitag beherrschte. Seine Debatten sind ein ehrenvoller Beweis dafür, welche rastlose geistige Arbeit von Ungezählten geleistet wird, um die brennenden Probleme der Zeit, auch die schwierigsten der Wirtschaft und der Ernährung, in sozialdemokratischem Geiste zu bewältigen. Das war kein anmaßender Versuch, alles mit einem Schlag zu meistern. Aber viel mühevoller, fruchtbare Arbeit für nahe und fernere Zukunft.

In der Presse unserer Gegner von rechts ist zu lesen, die Sozialdemokratie würde durch die Einigung wieder dieselbe, wie sie vor den Ereignissen der letzten Jahre gewesen sei. Diese Behauptung ist in jeder Beziehung unrichtig. Um im Geiste und in den Zielen die alte Partei zu sein, dazu bedarf die Sozialdemokratie nicht der Einigung, das ist sie stets geblieben und wird auch in Zukunft bleiben. Aber die weltgeschichtlichen Umwälzungen konnten an ihr nicht spurlos vorübergehen, ihre Spuren sind zu tief, als daß sie verwischt werden können.

In dem, worauf die deutsche Sozialdemokratie bis Augsburg beharrte und dem, was sich seit Jena an ihr änderte, wirkt ein Geleht geschichtlicher Entwicklung, das keine Geltung auch über Nürnberg hinaus bewahren wird.

Der Einigungsparteitag in Nürnberg weist uns über sein allernächstes Ergebnis hinaus das Ziel, die ganze politische-sozialdemokratische, gewerkschaftliche und gewerkschaftliche Bewegung fester zusammenzuschließen und dieses Ganze in eine internationale Organisation der Arbeit in der ganzen Welt einzufügen. So zweifeln wir nicht daran, daß sich das Verhältnis zwischen der geeinten Sozialdemokratie Deutschlands und den anderen Zweigen der Arbeiterbewegung inniger gestalten wird, so legen wir die Zuversicht, daß aus der Vereinigung von London, Wien und Amsterdam eine Organisation der Internationale entstehen wird, die in allen Angelegenheiten der auswärtigen Politik als ein Machtfaktor sich geltend zu machen imstande ist.

Es wäre verkehrt, glauben machen zu wollen, daß mit der Einigung alle Blütenträume gereift seien. Schwere Wolken drängen sich vor. Ein harter Winter droht. Wir kämpfen mit Schwierigkeiten, die unübersehbar sind, und manchmal schier unüberwindlich scheinen. Wänden in solcher Zeit nach zu allem übrigen die arbeitenden Massen den letzten Rest ihrer Kraft dazu verwenden, sich gegenseitig zu bekämpfen, wahrhaftig, das wäre das Ende! Aber die Einigung der Sozialdemokratie ist ein Zeichen der Lebenskraft und des Lebenswillens, der unerschütterlich in den arbeitenden Massen steht. „Im Anfang war die Tat!“ — So bedeutet die Tat der Einigung neuen Anfang und Aufstieg.

Die Wirren im Orient.

Die Ereignisse im Orient entwickeln sich schneller als die Verhandlungen zwischen Paris und London. Die Regierung von Angora scheint entschlossen zu sein, die Dinge auf die Spitze zu treiben. „Daily Mail“ zufolge erklärte Mustafa Kemal Pascha dem französischen General Bellet in Smyrna, daß er seine Armee nur nach einige Tage zurückhalten könne und nur unter der Bedingung, daß sofort eine Konferenz in Medina einberufen wird, auf der die Alliierten den Kemalisten das Recht einzuräumen hätten, Konstantinopel und Thrazien zu besetzen. Er würde dann nur mit einer kleineren Truppenabteilung in Konstantinopel einziehen.

Ein Vertreter der Angora-Regierung in Konstantinopel, Smad Bey erklärte gegenüber einem Korrespondenten der „Associated Press“, daß die Kemalisten den Engländern den Krieg erklären würden, wenn diese noch weiter die türkischen Truppenbewegungen hinderten. Angora sei entschlossen, Konstantinopel und Thrazien auf alle Fälle zu besetzen.

U. meldet unter dem 23. aus Paris: Die Orientbesprechungen, die gestern in Paris zwischen Lord Curzon, Ministerpräsident Poincaré und Graf Storja stattgefunden haben, sind doch nicht zu einem Abschluß gekommen. Die Besprechungen wurden auf heute vertagt. Alles, was bis jetzt darüber verlautet, geht dahin, daß Frankreich eine Lösung wünscht in dem Sinne, daß die Türken sich verpflichten, auf einen Vormarsch nach Konstantinopel und die Ueberbeherrschung der neutralen Zone zu verzichten gegen Garantien und gegen die Zusicherung, daß sie später im definitiven Friedensvertrag die volle Souveränität über Konstantinopel und die Meerengen und die Besetzung von Thrazien bis zur Meerenge erlangen sollen. — Der „Intransigent“ berichtet von militärischen Vorbereitungen, die Frankreich treffen, um auf keinen Fall überrascht zu werden. Vom Marineministerium wurden alle Maßnahmen getroffen, damit das französische Geschwader jeden Augenblick auslaufen kann.

Die sechste Kommission des Völkerbundes beschäftigte sich Freitag mit dem Eruchen Konsens auf Intervention des Völkerbundes im griechisch-türkischen Konflikt. Es wurde der Vorschlag angenommen, eine Unterkommission einzusetzen, die an Hand der verschiedenen Vorschläge eine gemeinsame Formel aufstellen soll.

Die Kundgebungen der englischen Arbeiter gegen einen neuen Krieg im Orient werden fortgesetzt. Die Gewerkschaft der Bauarbeiter hat beschlossen, sofort den Aktionsausschuß einzuberufen. Der Vollziehungsausschuß der Kohlenarbeiter hat ein Telegramm an Lloyd George gerichtet, worin er erucht, die Orientfrage dem Völkerbund zu unterbreiten. Die englischen Kohlenarbeiter seien entschlossen, unter allen Umständen einen neuen Krieg zu verhindern. Der Arbeiterführer Thomas erklärte in einer Rede in Colchester, die britische Arbeiterschaft müsse es dem Kabinett klar machen, daß es unter keinen Umständen England in einen Krieg verwickeln dürfe, ohne daß die Vertreter des Volkes im Parlament die erste Stimme in dieser Frage hätten. Thomas sagte: Wir wollen, daß der Völkerbund als Werkzeuge in dieser Frage wirken muß, kein Bund einiger Nationen, sondern ein Bund aller Völker.

Vom Völkerbund.

Das Komptomij Cecil-Jouvenel.

Genf, 22. September.

Die Abrüstungskommission einigte sich auf einen kurzen Text, in dem der Franzose de Jouvenel die Hauptgedanken Lord Robert Cecil zusammenfaßt. In Kürze ist das Resultat, daß der Völkerbund die Hauptbeteiligten auffordert, unter sich und für sich eine befriedigende Lösung der untrennbar verbundenen Probleme der Reparationen und der interalliierten Schulden zu finden, daß er sich aber als Vermittler anbietet für den Fall, daß die Brüsseler Konferenz dieses Ziel nicht erreicht. Ein eventuelles Scheitern dieser Konferenz soll also nicht zu chaotischen Gewaltmaßnahmen, sondern zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungsarbeit unter Aufsicht der im Völkerbund beteiligten Neutralen führen.

Branting (Schweden) stimmte im Namen wohl aller neutralen Staaten, die unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu leiden hätten, dem Vorschlag Jouvenels bei. Vor allen Dingen sei er aber auch mit Fisher darin einig, daß die aufrichtige Mitarbeit Deutschlands unentbehrlich sei. In diesem Zusammenhang sei es die Meinung aller neutralen Länder, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands berücksichtigt werden müsse.

